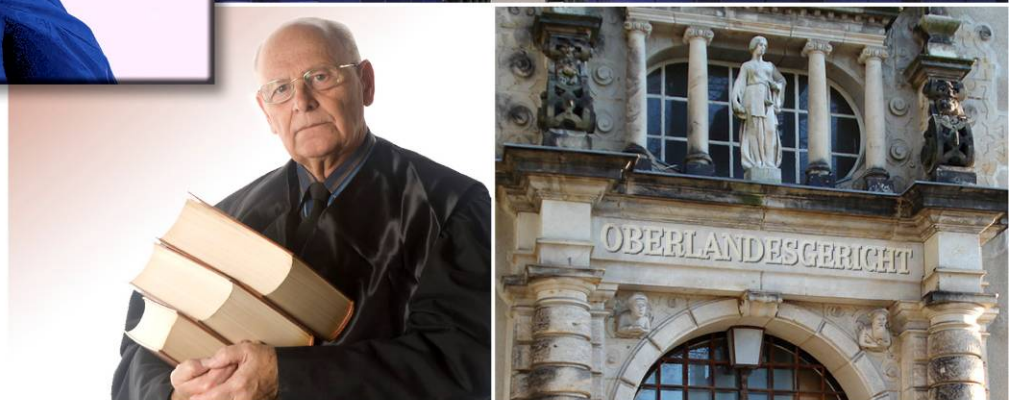


INFORECHT

Aktuelles aus dem Wirtschaftsrecht



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: Deutscher Industrie- und Handelskammertag | 11052 Berlin

Besucheranschrift: Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030-20308-2706 | Fax 030-20308-2777

Redaktion: Annette Karstedt-Meierrieks | E-Mail: kascheike.ludmilla@dihk.de | Internet: www.dihk.de

Inhaltsverzeichnis

Privates Wirtschaftsrecht	2
Bundeskabinett beschließt Änderung des Verbraucherinformationsgesetzes.....	2
BaFin: Entwurf zur Bewertung von Positionen des Handelsbuchs.....	2
Sperrung der künftigen xxx-domain	2
Neue Struktur des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee	2
BGH: GmbH & Co. KG für Anwälte unzulässig.....	3
Deutsche Fassung der Leitlinien zur UCP-Richtlinie und EU-Fragebogen.....	3
BaFin: Finanzanalysten müssen ihre Tätigkeit unverzüglich anzeigen.....	3
Öffentliches Wirtschaftsrecht.....	4
Geänderte Vergabeverordnung tritt am 20.08.2011 in Kraft.....	4
Bundesverwaltungsgericht: Keine zusätzliche Rundfunkgebühr für beruflich genutzten PC.....	4
Bundeskabinett beschließt Zuteilungsverordnung 2020 (ZuV 2020)	4
Novelle Telemediengesetz: Datenschutz in sozialen Netzwerken stärken	4
Entwurf Bundesmeldegesetz vom BMI vorgelegt.....	4
Neuste Rechtsprechung zum Baurecht und Einzelhandelsgroßprojekten.....	4
Deutschland – Neuer Internetauftritt des Zoll ab 29.08.2011	5
Änderung der Preise des Bundesanzeigers.....	5
Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht.....	5
EU-Konsultation zum Grünbuch über den Online-Vertrieb von audiovisuellen Werken.....	5
Entwurf zu einer Richtlinie zu Dienstleistungskonzessionen.....	5
Zusätzliche Newsletter.....	5
Newsletter "Arbeitsrecht"	5
Aktuelle Steuerinformationen.....	5
Newsletter "Auftragswesen aktuell"	5
Veranstaltungshinweise	5
BaFin-Veranstaltung zu Unternehmensabschlüssen und Transparenz.....	5
3. BID-Kongress der IHK-Organisation am 17./18.11.2011 in Gießen	6

Privates Wirtschaftsrecht

■ Bundeskabinett beschließt Änderung des Verbraucherinformationsgesetzes

Zukünftig sollen sich Verbraucher nicht nur über Lebens- und Futtermittel, sondern über sämtliche Produkte nach dem Produktsicherheitsgesetz bei Behörden informieren können. Die Anfragen sollen einfach und in den meisten Fällen kostenfrei ermöglicht werden. Auch der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen wird eingeschränkt. Der Bundesrat berät zurzeit über eigene Vorschläge, beispielsweise auch über eine Länderöffnungsklausel für die Transparenz von Lebensmittelkontrollen.

■ BaFin: Entwurf zur Bewertung von Positionen des Handelsbuchs

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) bereitet die Umsetzung des Art. 1 Nummer 6 sowie Anhang II Nummer 4 der Richtlinie 2010/76/EU (CRD III) zur Bewertung von Positionen im Handelsbuch vor. Dabei stehen materielle aufsichtliche Anforderungen an die Bewertung von Geschäften des Handelsbuchs, Anforderungen an die internen Prozesse für die Bildung von Bewertungsanpassungen entsprechend dieser Anforderungen und der Abzug vom Kernkapital, soweit Bewertungsanpassungen zu einem niedrigeren Wertansatz führen, als ihn das Institut für Rechnungslegungszwecke vornimmt, zur Diskussion.

■ Sperrung der künftigen xxx-domain

Die ICANN (internationale Vergabestelle für Top level domains) hat beschlossen, den bisher beschränkten Top-level-Raum quasi unbegrenzt zu öffnen. Künftig werden domain-Endungen wie bmwi, faz, ihk etc. neben den bisher bekannten (z. B.: .de, .com etc.) möglich sein. Damit wird auch eine xxx-domain für erotische Dienstleistungen geschaffen. Markeninhaber können ihre Marken hierfür sperren lassen. Eine 30-Tagefrist läuft ab

dem 07.09.2011.

Um unliebsamen Überraschungen vorzubeugen, hat die ICANN eine "sunrise-period" von 30 Tagen ab dem 07.09.2011 (Ende: 07.10.2011) vorgesehen, innerhalb der Markeninhaber für einen Betrag zwischen 200 und 300 Dollar die Verwendung ihrer Marke im xxx-Segment zunächst für 10 Jahre sperren können.

Eine Verlängerung der Sperrung für weitere 10 Jahre wird möglich sein. Auch die Vergabe der xxx-domain erfolgt nach dem "first come first served"-Prinzip. Die Sperrung muss über einen akkreditierten Registrar vorgenommen werden. Interessierte Unternehmen sollten ihren domain-Provider ansprechen, welche Unterlagen benötigt werden und an wen der Antrag gerichtet werden muss.

■ Neue Struktur des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee

Die Diskussionen zur Neuausrichtung des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e. V. (DRSC) sind durch Beschlüsse der Mitgliederversammlung des DRSC beendet worden. Diese hat sich am 20.07.2011 für eine Änderung der **Satzung** und damit auch für eine neue Struktur ausgesprochen. Der private Verein DRSC sollte mit der Neuausrichtung vor allem auch Mitglieder aus dem nicht-kapitalmarktorientierten Bereich gewinnen.

Auf Basis der Beschlüsse der Mitgliederversammlung wird der neu gewählte Nominierungsausschuss in den nächsten Wochen Kandidaten für die zwei Fachausschüsse dem Verwaltungsrat vorschlagen. An der Mitarbeit in den Fachausschüssen Interessierte können sich unter folgendem Link bewerben:

http://www.standardsetter.de/drsc/docs/press_releases/2011/B-39856_3sp_Mitglieder%20des%20IFRS_HGB-Fachausschusses_FAZ_sw.pdf

Zu den Positionen von Präsident/in und Vizepräsident/in vgl. bitte:

http://www.standardsetter.de/drsc/docs/press_releases/2011/B-

[39857_3sp_Praesident_Vize_FAZ_sw.pdf](#)

DIHK-Position:

Im Vordergrund stand eine angemessene Berücksichtigung der Interessen aller bilanzierenden Unternehmen und dabei auch die der nichtkapitalmarktorientierten Unternehmen. Denn das DRSC ist nicht nur ein privater Verein, der Interessen seiner Mitglieder vertritt, sondern er tritt mittels Standardisierungsvertrages mit dem BMJ gegenüber europäischen (z. B. EU-Kommission) und internationalen Institutionen (z. B. IASB) als Vertreter Deutschlands auf („Deutscher Standardsetzer“). Die nun verabschiedete Satzung entspricht trotz wörtlicher Erwähnung des „Gesamtinteresses“ diesem leider nicht.

■ **BGH: GmbH & Co. KG für Anwälte unzulässig**

Der Bundesgerichtshof hat mit (Berufungs-)Urteil vom 18.07.2011 (Az.: [AnwZ \(Brfg\) 18/10](#)) entschieden, dass eine Rechtsanwaltsgesellschaft nicht in der Rechtsform einer GmbH & Co. KG errichtet werden kann. Der Zweck einer KG ist auf den Betrieb eines Handelsgewerbes gerichtet, § 161 Abs. 1 HGB. Die Rechtsanwaltschaftigkeit ist dagegen den freien Berufen zuzuordnen, § 2 Abs. 1 BRAO, und stellt kein Gewerbe dar, § 2 Abs. 2 BRAO.

■ **Deutsche Fassung der Leitlinien zur UCP-Richtlinie und EU-Fragebogen**

Endlich gibt es die von der EU-Kommission veröffentlichten „Guidelines“ zur Auslegung der UCP-Richtlinie vom 03.12.2009 auch in deutscher Fassung. Ziel dieser unverbindlichen Leitlinien ist es, die Anwendung der jeweils nationalen Umsetzungsgesetze zur UCP-RL möglichst europaweit einheitlich hinzubekommen. Für deutsche Rechtsanwender wird es immerhin jetzt etwas leichter.

Außerdem führt die EU-Kommission eine Konsultation zur Anwendung der UCP-Richtlinie durch. Mit einem recht detaillierten Fragenbogen wird nach Erfahrungen, Problemen und Änderungsbedarf

gefragt. Antwortmöglichkeit besteht bis 14.10.2011 unmittelbar an die Kommission.

DIHK-Position:

Nach unserer ersten Einschätzung besteht kein Änderungsbedarf an der Richtlinie, große Probleme sind uns nicht bekannt geworden. Vielmehr dürfte es für die Unternehmen wichtig sein, dass die Richtlinie und in Folge das deutsche UWG nicht schon wieder geändert werden.

■ **BaFin: Finanzanalysten müssen ihre Tätigkeit unverzüglich anzeigen**

Die BaFin weist darauf hin, dass alle natürlichen und juristischen Personen, die in Ausübung ihres Berufes oder im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit für die Erstellung von Finanzanalysen oder deren Weitergabe verantwortlich sind, dies gemäß § 34c WpHG der BaFin unverzüglich anzuzeigen haben.

Nicht von der Anzeigepflicht erfasst sind: Wertpapierdienstleistungsunternehmen, Kapitalanlagegesellschaften und Investmentaktiengesellschaften, da diese Unternehmen der Bundesanstalt bereits bekannt sind, bei einem anzeigepflichtigen Unternehmen angestellte Analysten und Journalisten, wenn diese einer vergleichbaren Selbstregulierung unterliegen.

Für die Anzeige nach § 34c WpHG hat die BaFin ein [Formular](#) veröffentlicht. Erhält die Bundesanstalt Hinweise, dass ein Unternehmen oder eine Person Finanzanalysen erstellt oder verbreitet, ohne dass es/sie ihre Tätigkeit bei der Aufsicht angezeigt hat, versendet die BaFin Auskunftersuchen, um die Einhaltung der Pflichten nach § 34b und § 34c WpHG zu überwachen.

Ab sofort veröffentlicht die BaFin die [Namen solcher Unternehmen](#), die unter den jeweils angegebenen oder von der BaFin ermittelten Adressdaten nicht zu erreichen sind. Denn die BaFin kann mangels Erreichbarkeit dieser Unternehmen nicht abschließend feststellen, ob es sich bei den Publikationen um Finanzanalysen im Sinne des § 34b Absatz 1 Satz 1 WpHG handelt und ob diese Unternehmen die gesetzlich vorgegebenen Kompetenz-, Organi-

sations- und Transparenzpflichten einhalten.

Zu weiterführenden Informationen:
<http://www.BaFin.de/>

Öffentliches Wirtschaftsrecht

■ **Geänderte Vergabeverordnung tritt am 20.08.2011 in Kraft**

In die VgV wurden nun Regelungen zur Energieeffizienz und zu Zuschlagskriterien für Straßenfahrzeuge aufgenommen. Die VgV ist im BGBl. I, 1724 veröffentlicht. Die nächste Änderung der VgV steht bereits unmittelbar bevor, um die Richtlinie zu Verteidigungs- und Sicherheitsaufträgen in deutsches Recht teilweise umzusetzen.

■ **Bundesverwaltungsgericht: Keine zusätzliche Rundfunkgebühr für beruflich genutzten PC**

Selbständige, die in ihrer Wohnung arbeiten und neben herkömmlichen Fernseh- und Rundfunkgeräten in den ausschließlich privat genutzten Räumen über einen Internet-PC in den beruflich genutzten Räumen verfügen, müssen für diesen Computer keine Rundfunkgebühr zahlen. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht in mehreren Urteilen vom 17.08.2011 entschieden.

■ **Bundeskabinett beschließt Zuteilungsverordnung 2020 (ZuV 2020)**

Geregelt werden darin die Zuteilung von CO₂-Zertifikaten in der Handelsperiode 2013 - 2020. Dabei werden die EU-Vorgaben umgesetzt. Der Bundestag muss noch zustimmen.

■ **Novelle Telemediengesetz: Datenschutz in sozialen Netzwerken stärken**

Der Bundesrat drängt darauf, den Datenschutz auf Online-Plattformen für nutzergenerierte Inhalte zu verbessern. Die Bundesregierung stimmt dem Anliegen zu, will aber zum Teil zunächst das geltende Recht prüfen, um den genauen Gesetzgebungsbedarf zu ermitteln. In vielen Punkten verweist sie auf einen europaweiten Ansatz, für den sie sich einsetzen will.

■ **Entwurf Bundesmeldegesetz vom BMI vorgelegt**

Die Gesetzgebungskompetenz im Meldewesen wurde geändert: Nun ist der Bund zuständig. Das BMI hat einen Entwurf formuliert, der insbesondere erhebliche Einschränkungen bei der einfachen Meldeauskunft vorsieht. Hiergegen wenden sich Unternehmen, die Adressdaten über die Auskunft generieren. Zudem sind auch die Auskunftsteien und Inkassobüros betroffen.

■ **Neuste Rechtsprechung zum Baurecht und Einzelhandelsgroßprojekten**

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Urteil vom 22.06.2011 – BVerwG 4 CN 4.10 – die Regelungen der Landesentwicklungsplanung in Mecklenburg-Vorpommern zur Ansiedlung von großflächigen Einzelhandelsvorhaben für rechtmäßig erklärt. Eine erfreuliche Entscheidung gerade vor dem Hintergrund der derzeit streitigen Regelungen in anderen Bundesländern.

■ Deutschland – Neuer Internetauftritt des Zoll ab 29.08.2011

Der Zoll hat seinen Internetauftritt komplett überarbeitet und neu gestaltet (<http://www.zoll.de>). Die Seite wurde am 29.08.2011 frei geschaltet.

■ Änderung der Preise des Bundesanzeigers

Seit dem 01.09.2011 gilt eine neue Preisliste für Veröffentlichungen im elektronischen Bundesanzeiger. Änderungen wurden bei Ergänzungen/Berichtigungen zu veröffentlichten Jahresabschlüssen vorgenommen. Die Preisliste können Sie über die Internetseite des Bundesanzeigers abrufen: https://www.ebundesanzeiger.de/download/D045_Preisliste.pdf

Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht

■ EU-Konsultation zum Grünbuch über den Online-Vertrieb von audiovisuellen Werken

Ziel des Grünbuchs (KOM (2011) 427/3) ist die europaweite Lizenzierung von Filmen und Programmbeiträgen als Weiterwendung, Catch-up-TV und Video-on-Demand zu erleichtern. U. a. wird eine einheitliche Kodifizierung und Vollharmonisierung des Urheberrechts angedacht. Die Konsultation steht interessierten Kreisen bis zum 18.11.2011 offen.

■ Entwurf zu einer Richtlinie zu Dienstleistungskonzessionen

Die EU-Kommission hat einen Entwurf vorgelegt, der aber noch nicht offiziell ist. Er sieht eine Ergänzung der Vergaberichtlinien 2004/17 und 2004/18 vor. Dies entspricht unseren Vorstellungen.

Zusätzliche Newsletter

■ Newsletter "Arbeitsrecht"

finden Sie unter:

<http://www.dihk.de/themenfelder/recht-und-fairplay/info/infoletterarbeitsrecht>

■ Aktuelle Steuerinformationen

finden Sie unter:

<http://www.dihk.de/themenfelder/recht-und-fairplay/info/steuerinfo>

■ Newsletter "Auftragswesen aktuell"

Den Newsletter "AUFTRAGSWESEN AKTUELL" können Sie hier abonnieren:

<http://www.had.de/start.php?topmenu=aktuell>

Veranstaltungshinweise

■ BaFin-Veranstaltung zu Unternehmensabschlüssen und Transparenz

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) informiert am 30.11.2011 in Frankfurt am Main über die Themen Überwachung von Unternehmensabschlüssen und Transparenzpflichten nach dem Wertpapierhandelsgesetz (WpHG). Die Finanzberichterstattungspflichten der Unternehmen und aktuelle Entwicklungen der Bilanzkontrolle stehen ebenso im Fokus wie neue Meldepflichten für Finanzinstrumente nach § 25 und § 25a WpHG und Leerverkäufe. Zudem soll die neue europäische Aufsichtsstruktur im Wertpapierbereich, die European Securities and Markets Authority (ESMA) vorgestellt werden.

Die Veranstaltung richtet sich u. a. an kapitalmarktorientierte Unternehmen, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Rechtsanwälte etc. Die Anmeldung ist bis 04.11.2011 möglich.

Links zum ausführlichen [Programm](#) und zur [Anmeldung](#)

■ 3. BID-Kongress der IHK-Organisation am 17./18.11.2011 in Gießen

Zum dritten Mal lädt die IHK-Organisation zum bundesweiten Austausch über Business Improvement Districts (BIDs) diesmal nach Gießen ein. Neben der Vorstellung von internationalen BID-Aktivitäten stehen "BIDs und Stadtmarketingaktivitäten", "BIDs in der Evaluation" und "BIDs im Schatten der Rechtsprechung" im Fokus. Abgerundet wird die Veranstaltung mit der Verleihung des BID-AWARDS 2011.